

FESTSETZUNGEN

PLANZEICHEN nach PlanzV 81

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG

Dorfgebiet (§ 5 BauNVO)

2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs.1.Nr.1 BauGB)

Geschoßflächenzahl

Grundflächenzahl

Erdgeschoß + Dachgeschoß ausgebaut

3. BAUWEISE; BAULINIEN; BAUGRENZEN

(§ 9 Abs.1 Nr.2 BauGB + §§ 22 und 23 BauNVO)

Offene Bauweise

nur Einzel-und-Doppelhäuser zulässig

nur Einzelhäuser zulässig

Baulinie Baugrenze

4. FLÄCHEN FÜR DEN GEMEINBEDARF (§ 9 Abs.1.Nr.5 BauGB)

Flächen für den Gemeinbedarf

5. VERKEHRSLÄCHEN (§ 9 Abs.1.Nr. 11 BauGB)

Straßenverkehrsflächen

Strassenbegrenzungslinie

Öffentliche Parkfläche

7. FLÄCHEN FÜR VERSORGENS-ANLAGEN (§ 9 Abs.1. Nr.12 BauGB)

Grundstück für Versorgungsanlagen

Elektrizität/Umformerstation

8. HAUPTVERSORGUNGSLEITUNGEN (§ 9 Abs.1.Nr.13 BauGB)

Ver-und-Entsorgungsleitungen , oberirdisch
(Art der Leitungen im Plan näher bezeichnet)

Ver-und-Entsorgungsleitungen unterirdisch

9. GRÜNFLÄCHEN (§ 9 Abs.1.Nr.15 BauGB)

Öffentliche Grünfläche

Spielplatz

13. PLANUNGEN ZUM SCHUTZ UND ENTWICKLUNG DER LANDSCHAFT (§ 9 Abs.1. Nr. 20 und 25 BauGB)

Anpflanzen von Bäumen

Erhalten von Bäumen

Anpflanzen von Sträuchern

15. SONSTIGE PLANZEICHEN

Grenze des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
(§ 9 Abs.7. BauGB)

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

Satteldach bzw. Walmdach, mit Dachneigung

Schildreieck, von Bebauung und Bepflanzung freizuhalten,
max 0,80 m Höhe über OK Gehsteig bzw. Strasse

Breite der Strassen, Gehwege, Stauräume vor Garagen

Bestehende Grenzen der Flurstücke

Vorgeschlagene Grundstücksteilung

Höhenlinien über NN

Vorhandene Wohngebäude

Vorhandene Nebengebäude

Flurstücksnummern

Nummer jeweils nach Biotopkartierung Bayern

MINDESTFESTSETZUNGEN (§ 30 Abs.1. BauGB)

WEITERGEHENDE REGELFESTSETZUNGEN (§ 9 Abs.1. BauGB)

Das Bauland ist als Dorfgebiet (MD) ausgewiesen

Die zulässige Geschoßflächenzahl wird mit 0,5 festgesetzt.
Die Grundflächenzahl mit 0,4, zulässig Erdgeschoß und ausgebauten Dach-
geschoß.

Bei der offenen Bauweise sind Einzelhäuser zulässig, bei gegebenen
Grundstücksgrößen auch Doppelhäuser.

Die Höheneinstellung der Gebäude wird mit max. Traufhöhe von 4,50 m
auf der Talseite festgesetzt, bezogen auf das vorhandene Gelände.
Bergseitig mit 3,0 m , bezogen auf das spätere Gelände am Gebäude.

Die Neigungen der Sattel-oder Walmdächer ist mit 40 - 48° zulässig,
wobei die Walmfläche mindestens 5-10° steiler, als die Hauptfläche aus-
zubilden ist. Zulässig sind auch Krüppelwalmausbildungen.
Die Dachneigung bei Garagen wird mit 30-48 ° festgesetzt.

Bei Grenzbebauung und max. 50 m² Garagengröße höchstzulässige Traufen-
höhe = 2,75 m

Dacheindeckungen sind mit Tonziegel oder Betondachsteinen, jeweils in
roter Farbe auszuführen.

Garagen sind außerhalb der festgesetzten Baugrenze zulässig.
Pro Wohneinheit sind 1,5 Stellplätze auszuweisen, mindestens 2 Garagen
oder 2 Stellplätze pro Wohngebäude.

Vor den Garagen ist ein Stauraum mit mind. 5,0 m Tiefe zu schaffen, der
nicht als Stellplatz angerechnet wird.
Talwärts der Straßen liegende Garagen sind in das Hauptgebäude miteinzu-
beziehen.

Kniestöcke sind bei Hauptgebäude mit überstehenden Sparren bis max.
0,50 m Höhe zulässig.
Bei Garagen und Nebengebäuden mit max. 0,25 m.

Dachgauben sind als Schlepp-oder-Giebelgauben, auch mit Walm, auszubilden.
Die Größe der Gaubenfenster ist mit der Genehmigungsbehörde abzustimmen.

Bei Grenzbebauung müssen sich die Gebäude in Dimension, Dachneigung und
Gestaltung einander angleichen, ebenso wie zusammenhängende Garagengebäude.

Die Mindest-Grundstücksfläche für Einzelhäuser soll 550 m² betragen,
bei Doppelhäuser mind. 400 m² pro Haushälfte.

Fassadenanstriche bzw. Beschichtungen sind in gedeckten Farben auszuführen.
Sichtmauerwerk für Gebäudesockel oder Einfriedungen nur in landschaftlich
bezogenen Ausführungen.

Unzulässig: Plattenverkleidungen an Häusern, Anstriche mit grellen Farben,
Aufstellen von Wellblechgaragen und provisorischen Nebengebäuden.

Für die Straßenbeleuchtung werden Natrium-Niederdrucklampen verwendet.

Straßenseitige Einfriedungen dürfen 1,20 m Höhe ab OK Gehsteig bzw.
OK Straße nicht überschreiten und nicht als Maschendrahtzäune ausge-
bildet werden.

Sockel und Rabatten von Einzäunungen sollen max. nur mit 0,30 m erstellt
werden. An den seitlichen und rückwärtigen Grundstücksgrenzen sind
Maschendrahtzäune bis 1,50 m Höhe zulässig, jedoch mit Hinterpflanzung
mit standortheimischen Sträuchern (Schlehe, Weißdorn, Hartriegel,
Holunder, Hasel, Wildrose, Pfaffenhütchen, Liguster, Kreuzdorn,
Hainbuche, Feldahorn, Kornelkirsche) zu hinterpflanzen sind.

Aufschüttungen auf den Grundstücken sind zulässig bis max. 0,80 m Höhe
talwärts der Gebäude und Abgrabungen berg-und-talwärts mit max 0,80 m Tiefe

Anpflanzungen sind nach Bezug der Gebäude mit hochstämmigen Bäumen
Sträuchern und Büschen an geeigneter Stelle zu vollziehen, besonders
geschlossen im Süden des Baugebietes., mind. 1 Baum pro 200 m² Grundstücks-
fläche (z.B. Obstbäume, Winterlinde, Stieleiche, Spitzahorn o.ä.)
Sträucher und Büsche mit 1 Stück pro 50 m² Grundstücksfläche (z.B.
Haselnuß, Wasserschneeball, Liguster, Heckenkirsche, roter Hartriegel,
eingriffiger Weißdorn o.ä.

Anpflanzung von Nadelgehölzen, fremdländischen Pflanzen oder Schnitt-
hecken als Abgrenzung zur freien Landschaft sind unzulässig.

Versickerung des Dachabwassers ist aufgrund der vorhandenen Bodenbeschaffen-
heit problematisch. Sollte eine Versickerung nach wasserrechtlicher ER-
laubnis durch das LRA möglich und vom Grundstücksbesitzer gewollt sein,
wird die Gemeinde der Anlage einer Sickergrube zustimmen. Auffangen des
Dachwassers in Zisternen zur Gartenbewässerung wird empfohlen.

Garagenzufahrten und Stellplätze sind mit offenporigen Belägen zu be-
festigen, Vollversiegelungen sind nicht statthaft.

Die Kanaltiefen und Anschlüsse in den Siedlungsstraßen sind den Plan-
unterlagen der Ortskanalisation zu entnehmen

Der zulässige Tierbestand wird zur Minderung der Geruchsimmission auf
max. 1 GV bzw. VGV begrenzt.

Am Südrand der Baugrundstücke entlang des Wirtschaftsweges ist ein dichtes
privates Grün mit heimischen Sträuchern anzulegen.

Hinweise : Die Gebäude sollen spätestens 3 Jahre nach Bezugsfertigkeit
verputzt sein.
Schallschutzmaßnahmen zur Minderung der zu erwartenden Lärmbelastung
von überörtlichen Verkehrsanlagen sind für Schlafräume durch entsprechende
Grundrissgestaltung und Abschirmung vorzusehen.

Evtl. freigelegte frühgeschichtliche Funde bei Ausführung von Grabarbeiten
sind sicherzustellen und der Zweigstelle Würzburg des Landesamtes
für Denkmalpflege zu melden.

Offene Feuerstellen, d.h. offene Kamine oder Öfen außerhalb von Gebäuden,
oder Grillanlagen im Freien in einer Entfernung von weniger als 100 m
zum Wald dürfen nicht errichtet oder betrieben werden.